

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 1.2.2

Thema: Verstetigung der Inhalte des Gute-KiTa-Gesetzes als Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller: AWO BV Weser-Ems e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Die AWO fordert, die Inhalte des Gute-KiTa-Gesetzes über die bisherige Befristung
4 bis 2022 hinaus als Gemeinschaftsaufgabe aller öffentlichen Ebenen zu verstetigen.

5

6 **Begründung:**

7

8 Bis 2022 unterstützt der Bund die Länder im Bereich der Kinderbetreuung mit insge-
9 samt 5,5 Mrd. Euro. Die AWO Weser-Ems erachtet es als notwendig, über die Befris-
10 tung bis 2022 hinaus, die Ressourcen von Bund, Ländern und Kommunen zu bün-
11 deln, um somit nachhaltige Strukturen zu schaffen. Das Gute-KiTa- Gesetz ist ein
12 richtiger und wichtiger Schritt, insbesondere durch Frau Ministerin Giffey initiiert, um
13 den aktuellen und künftigen Herausforderungen im Bereich Kinderbetreuung zu be-
14 gegnen. Die zehn zentralen Handlungsfelder des Gesetzes bearbeiten wichtige Bau-
15 stellen, denen wir momentan im Feld der Kinderbetreuung gegenüberstehen:

16

17 Bedarfsgerechtes Angebot

18 Fachkraft-Kind-Schlüssel

19 Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte

20 Stärkung der Leitung

21 Verbesserung der räumlichen Gestaltung

22 Förderung der kindlichen Entwicklung, Gesundheit, Ernährung und Bewegung

23 Förderung der sprachlichen Bildung

24 Stärkung der Kindertagespflege

25 Verbesserung der Steuerung des Systems

26 Bewältigung inhaltlicher Herausforderungen.

27

28 Hinzu kommen Qualitätsbausteine, die wir als AWO als notwendig für eine zukünftig
29 erfolgreich aufgestellte Kinderbetreuung erachten. Hierzu gehört der Einsatz qualifi-
30 zierter Sprachförderarbeit in den Kitas, die altersmäßige Zusammensetzung der
31 Gruppen, die Gruppengröße, die notwendige Erhöhung der Zahl der Leitungsstun-
32 den, auskömmliche Vor- und Nachbereitungszeiten, oder auch die Regelung des
33 Einsatzes von Vertretungskräften. Für eine zukünftige Bündelung von Maßnahmen
34 auf Bundes- und Landesebene bietet sich das grundlegende Konzept der Gemein-
35 schaftsaufgabe an, bei welchem alle öffentlichen Ebenen gemeinsam in die Refinan-
36 zierung wichtiger Aufgaben herangezogen werden. Bei der Kinderbetreuung würde
37 besonders der Bund damit anerkennen, dass es sich um ein bundesweit gleicherma-
38 ßen wichtiges Problem handelt, das nicht länderspezifisch gelöst werden kann. Das
39 Thema des Fachkräftemangels ist mittlerweile zu akut, um den notwendigen politi-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

40 schen Umsetzungsprozess noch durch langwierige Stakeholderdiskussionen zwi-
41 schen Bund, Ländern und Kommunen zu belasten.

42

43 **Empfehlung der Antragskommission:**

44

45 Annahme mit Änderungen: Die Antragskommission schlägt vor, die Punkte 4. und 5.
46 aus dem Antrag 1.2.1 hier einzufügen.

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung